

1934 - 1945

Der sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 7/8

Juli/August 1987

5 Schilling

Die Dollfuß-Straße führte zu Hitler!

Das Jahr 1988 wird in vielfacher Hinsicht ein Jahr des Gedenkens sein. So werden wir im November 1988 der Ausrufung der Republik vor 70 Jahren gedenken. Wir Sozialisten verknüpfen damit das Gedenken an den Tod Victor Adlers am Vorabend der Gründung der Republik. Dieser Gedenktag wird für uns Sozialisten den Auftakt bilden zum Gedenken an den Hainfelder Parteitag vor 100 Jahren. Im März 1988 aber wird Österreich der Annexion unseres Landes durch Hitler-Deutschland vor 50 Jahren gedenken. Die Bundesregierung hat zu diesem Gedenken Ende Juli 1987 einen Beschluß gefaßt, der auf einem gemeinsamen Bericht des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers beruht.

In diesem Beschluß der Bundesregierung heißt es zum März 1938: „Österreich hat viele Gründe, diesem Ereignis, seinen Ursachen und Folgen, vor allem aber seinen Opfern ein gebührendes Gedenken zu erweisen.“ Und weiter heißt es: „Österreich wird daher im In- und Ausland aus Anlaß des Gedenkjahres selbstbewußt und offen dokumentieren, daß es sich mit seiner jüngeren Geschichte kritisch, sachlich und unter Berücksichtigung des internationalen Umfelds auseinandersetzt. Diesbezüglich darf es kein Schweigen oder Verschweigen geben, sondern nur absolute Offenheit. Wenn von Österreich im Jahr 1988 in Erinnerung gerufen wird, was vor fünf Jahrzehnten geschehen ist, dann soll das weder als eine rein historische Betrachtung noch als Rechtfertigung oder Schuldzuweisung verstanden werden, sondern im Sinne eines demokratischen Lernprozesses, als das ehrliche Bemühen, für Gegenwart und Zukunft Konsequenzen zu ziehen.“ Die Bundesregierung betont, daß die Realisierung dieses Gedenkens nicht allein die Aufgabe des Staates sein kann, sondern vom ganzen Volk mitgetragen werden und die Vielfalt einer lebendigen Demokratie widerspiegeln muß.

Mit gebotener Ehrlichkeit

Für die sozialistischen Freiheitskämpfer kann das Gedenken an den März 1938 nur bedeuten, seine Vorgesichte in Erinnerung zu rufen. Das Gedenken an den März 1938 hat für

uns daher schon mit dem Gedenken an den Juli 1927 begonnen. Wegmarken auf dem Weg zum März 1938 waren aber auch der 4. März 1933 und der 12. Februar 1934. Wenn wir sozialistischen Freiheitskämpfer den Weg zum März 1938 analysieren, dann tun wir das mit der gebotenen Ehrlichkeit. Dazu gehört es, auszusprechen, was geschehen ist, was längst zur historischen Wahrheit wurde. Die Theorie von der „geteilten Schuld“ hat bei dieser der historischen Wahrheit verpflichteten Betrachtungsweise ebensowenig Platz wie die Theorie vom „Staatswiderstand“, den der Austrofaschismus angeblich gegen den Nationalsozialismus geleistet hat.

In diesem Sinne wird der „Sozialistische Kämpfer“ von dieser Nummer an über Etappen auf dem Weg Österreichs zum März 1938 berichten. Dieser Weg war die Dollfuß-Straße, die zu Hitler führte: vom Austrofaschismus zur Nazibarbarei.

Eine Etappe auf diesem Weg war das Juliabkommen 1936. Dazu veröffentlichten wir im folgenden einen Auszug aus dem 1978 im Europaverlag erschienenen Buch von Franz Danimann, „Fini Austriae“.

In die Illegalität gedrängt

Die in die Illegalität gedrängte Sozialdemokratische Partei setzte durch einen Teil ihrer jüngeren Mitglieder, die sich Revolutionäre Sozialisten nannten, ihre Tätigkeit fort. Auch die Kommunistische Partei entfaltete in der Illegalität eine lebhafteste Aktivität. Schließlich wurden auch die Freien Gewerkschaften sowie der Republikanische Schutzbund in der Illegalität neu aufgebaut. Der Kampf der illegalen Linken richtete sich einerseits gegen die undemokratische Politik der Regierung, andererseits aber gegen die drohende werdende Gefahr des Nationalsozialismus. Doch die illegalen Organisationen wurden durch wiederholte Zugriffe der Polizei mehrfach zerschlagen, ihre Funktionäre wanderten für viele Monate ins Gefängnis oder nach Wöllersdorf, ebenso wie die illegalen Nationalsozialisten.

Dennoch rissen die Verbindungen zwischen ehemaligen Funktionären der Christlichsozialen Partei, die nun zum Teil leitende Funktionen in der Regierung und in der Vaterländischen Front

Fortsetzung auf Seite 2

**Der Weg zum
März 1938
Vom Austrofaschismus zur Nazibarbarei**

Fortsetzung von Seite 1

innehalten und von denen die liberaler Eingestellten das autoritäre System mit Unbehagen betrachteten, wenn sie sich ihm auch nicht aktiv entgegenstellten hatten, mit sozialistischen, freigeberwirtschaftlichen und kommunistischen Funktionären nie ganz ab, wenn diese Verbindungen nach außen auch oft nur rein persönlichen Charakter hatten. Bei solchen unverbindlichen Zusammenkünften wurde auch mehrfach die Einbeziehung der illegalen Linken in eine antinazistische Kampffront erörtert. Diese Pläne wurden indes nicht realisiert.

An das arbeitende Volk in Österreich!

Mussolini und Hitler haben sich geeinigt.

Die beiden bluttriefenden Retter des bankrotten Kapitalismus, die brutalen Unterdrücker des deutschen und italienischen Volkes haben zur Durchführung ihrer Kriegspläne beschlossen, gemeinsam die faschistische Herrschaft in Österreich aufrecht zu erhalten. Österreich ist nicht mehr der Grenzland des Strettes zwischen den Maschinen des deutschen und italienischen Imperialismus, sondern

Oesterreich ist die Brücke zwischen Hitler und Mussolini geworden.

Träumt ist auch der faschistische Block für die Vorbereitung des europäischen Krieges gebildet. Der Krieg, den sie beide betreiben, als letzten Ausweg aus dem Massenelend und den Katastrophen ihrer kapitalistischen Wirtschaft, ist damit noch näher zerrückt. Österreich hat sich endgültig in die Front der Kriesscheizer eingereiht.

Im Auftrag Mussolinis hat Schuschnigg mit den Nazi-Frieden gemacht

und Österreich der kriegerischen Außenpolitik Hitlers gleichgeschaltet. Schuschnigg ist damit das gemeinsame Werkzeug Mussolinis und Hitlers geworden. Das Übereinkommen Schuschniggs mit Hitler bedeutet zugleich die

Vorbereitung der innerpolitischen Gleichschaltung Österreichs mit Nazi-Deutschland.

Gegen dieses widerige und verbrecherische Spiel der Gewaltpolitiker und Massenmörder, der jesuitischen Heuchler und Volksausplünderer rufen wir Revolutionäre Sozialisten die Arbeiter und Bauern, rufen wir das ganze Volk zum Kampf auf!

Die Massen, die bisher für Hitler und gegen Schuschnigg die Schilde hingehalten haben, müssen nun erkennen, daß sie nicht für Brot und Preis, nicht für die Linderung ihres wirtschaftlichen Elends und nicht gegen den verbliebenen italienischen Faschismus gekämpft haben. Sie wurden miß-

Starhemberg und Fey, die bei den Arbeitern verhaßt und die eigentlichen Triebkräfte bei der Ausschaltung der Linken aus der offiziellen Staatspolitik gewesen waren. Die sich damit verengende Basis der Regierung konnte jedoch nicht erweitert werden.

„Ein wahrer deutscher Mann“

Die Hoffnung Dollfuß' auf eine Unterstützung durch das faschistische Italien erfüllte sich zunächst auf tragische Weise. Am 25. Juli 1934 putschten illegale Nationalsozialisten. Es gelang ihnen im bewaffneten Handstreich, sich zunächst des Bundeskanzleramtes und der RAVAG (Radio-Verkehrs AG,

braucht für die gemeinsamen Kriegspläne Hitlers und Mussolinis und ihrer verbundenen Anseher und Pfaffen in Österreich.

Die Anhänger einer wahren Unabhängigkeit Österreichs, die bis heute an den Schicksalsschwund und an Schuschniggs Politik der „Unabhängigkeit“ rechtlich haben die die Nazi-Hassen und Österreich vor der braunen Pest bewahren wollen — sie alle müssen nun erkennen, wozu die politische Entrechnung der Arbeiterklasse, wozu der Austrofaschismus Österreich geführt hat. Die Gefahr der Austrichtung einer brutalen Völkerverschöpfung in Österreich und die Gefahr des drohenden Krieges, der Verrat Hitlers an seinen kleinen Kämpfern — das alles zwingt nun auch jene, die bisher dem braunen oder schwarzen Faschismus vertraut haben, den letzten und einzigen Ausweg zu beschließen:

Sie müssen gemeinsam mit der Arbeiterklasse, gemeinsam mit dem sozialistischen Proletariat einen unerbittlichen Kampf führen gegen Hitler und Mussolini, einen Kampf, für den die Parole lautet muß:

Nieder mit Schuschnigg,

dem Wegbereiter der Nazi und Werkzeug der faschistischen Kriegspolitik!

Wir Revolutionäre Sozialisten proklamieren diese Parole und rufen Arbeiter und Angestellte, Bauern, Intellektuelle und Bürger! wir rufen alle Männer und Frauen und die Jugend Österreichs an, die verbrüderlichen Absichten der Internationalen Faschisten in Österreich zu vereiteln!

Wir rufen jedem die Hand, der bereit ist, mit uns unter dieser Parole zu kämpfen.

Wir wollen eine Revolution gegen Krieg und Faschismus, eine Kampfbewegung gegen Arbeitslosigkeit und Elend, eine Rettung aller Schichten des arbeitenden Volkes in Stadt und Land.

Die Nazi haben ihren „Modus vivendi“ mit Schuschnigg gemacht, ihn an der Macht und das Volk in Elend und Unterdrückung lassen. Schuschnigg hat seinen „Modus vivendi“ mit Hitler gemacht, hat Österreich verraten und der Kriegspolitik des deutschen Großkapitals ausgedient. Gegen dieses schändliche Bündnis der vereinten Faschisten rufen die Sozialisten zum Kampf. Schuschnigg und seine faschistischen Hintermänner müssen zerstört werden, um allen arbeitenden Volksschichten Freiheit und Brot und Europa den Frieden zu sichern.

Das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten Österreichs.

Von österreichischen Standgerichten wurden einige Putschisten zum Tode verurteilt. Sie waren nun die Blutzeugen der Nazi-Bewegung in Österreich. Dollfuß aber hatte die Irrtümer seiner Politik mit dem Leben bezahlt und galt als Märtyrer für Österreich. In einem Lied zu seinen Ehren hieß es zwiespältig: „Ein Toter führt uns an, er gab für Österreich sein Blut, ein wahrer deutscher Mann.“

Eine schwere Hypothek

Die Hilfe Mussolinis im Juli 1934 war für Österreich eine schwere Hypothek, die schließlich außen- und innenpolitisch in eine ausweglose Situation führte. Dies mußte Schuschnigg, der nach Dollfuß Bundeskanzler geworden war, wiederholt erfahren. Rücksicht auf Italien war der Grund für manche seltsam anmutende Winkelzüge seiner Politik. Der Preis für die Erhaltung der Freundschaft Italiens bestand in dem unveränderten Festhalten am autoritären Regime sowie in einer im Schlepptau Italiens segelnden Außenpolitik. Hinderte Schuschnigg somit die Bindung an Mussolini daran, seine Regierung zu verbreitern und zu demokratisieren, so brachte sie auch eine wachsende Entfremdung Frankreichs und Englands mit sich. Als Mussolini Abessinien überfiel, lehnte es Österreich ab, sich an den vom Völkerbund verhängten Sanktionen gegen Italien zu beteiligen. Auch als Hitler und Mussolini sich in den spanischen Bürgerkrieg einmischten und dem faschistischen General Franco zum Sieg verhalfen, vertrat die österreichische Regierung — wenn auch mit Unbehagen — den italienischen Standpunkt.

Die internationale Isolierung Österreichs wuchs, obwohl seine Diplomaten versuchten, Verständnis für die schwierige Lage des Landes zu wecken.

Mit dem gemeinsamen Eingreifen Italiens und Deutschlands in Spanien sowie mit dem Abessinien-Feldzug Mussolinis (der Italien in scharfen Gegensatz zu England gebracht hatte) rückte das faschistische Italien immer näher an das nationalsozialistische Deutschland heran. Die Stellung Mussolinis als Beschützer der Unabhängigkeit Österreichs wurde daher immer fragwürdiger.

Angesichts dieser Entwicklung machte Schuschnigg im Jahre 1936 einen Versuch, das gespannte Verhältnis zu Deutschland zu mildern und auch mit den österreichischen Nationalsozialisten zu einer Art von Befriedung zu kommen. Mussolini hatte anlässlich einer Rom-Reise dem Kanzler erklärt, er könne ihm besser helfen, wenn Österreich gute Beziehungen zu

Fortsetzung auf Seite 7

Der Versuch der Regierung, die Arbeiter nach der Auflösung der Freien Gewerkschaften in einer sogenannten Einheitsgewerkschaft zu sammeln, als deren Präsident der Führer christlicher Gewerkschaften, Staud, ernannt wurde, scheiterte. Die Arbeiter standen dieser Organisation ablehnend gegenüber. Wenn sie ihr — vielfach nur unter Druck — doch beitraten, so hielten sie ihren alten, gewählten, nun ausgeschalteten Funktionären die Treue. Dennoch sollte die Einheitsgewerkschaft später, als es illegalen Linksgewerkschaftern gelang, dort in den Grundorganisationen einen gewissen Einfluß zu erringen, zu einem Ansatzpunkt für die Sammlung gegen die nationalsozialistische Gefahr werden, ebenso wie es wiederholt gelang, über die Einheitsgewerkschaft Forderungen der Arbeiter an die Regierung heranzutragen, und zwar sowohl wirtschaftliche als auch politische.

Indessen trennte sich der Nachfolger Dollfuß', Bundeskanzler Schuschnigg, auch von den Heimwehrführern

Österreichische Rundfunkanstalt in Wien 1, Johannesgasse 4 b) zu bemächtigen. Im Bundeskanzleramt konnte jedoch nicht, wie beabsichtigt, die gesamte Regierung, sondern nur Dollfuß und Fey festgesetzt werden. Der Bundeskanzler wurde durch zwei Revolverschüsse niedergestreckt und erlag kurz darauf seinen Verletzungen.

Der nationalsozialistische Putschversuch scheiterte in Kürze. Die illegale NS-Führung erlebte ihre größte Enttäuschung, als sie einsehen mußte, daß die sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und kommunistischen Arbeiter trotz ihres Gegensatzes zum Regime Dollfuß sich weder an den Putschaktionen der Nationalsozialisten beteiligten noch sie unterstützten. Mussolini aber hatte demonstrativ an der Brenner-Grenze seine Truppen auffahren lassen. Und Hitler konnte es sich noch nicht leisten, in Österreich offen einzugreifen. So blieb es beim lautstarken Propagandakrieg, doch offiziell rückte Berlin von den Putschisten ab.



„Der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen“

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes —
Entwicklung, Tätigkeit, Ziele

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes wurde 1963, anlässlich des 25. Jahrestages des Verlustes der Unabhängigkeit Österreichs durch den gewaltsamen „Anschluß“ an das nationalsozialistische Dritte Reich, von ehemaligen Widerstandskämpfern und Verfolgten sowie von Historikern gegründet. In der Grundsatzerklärung hieß es: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekanntgemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“

Umfangreiche Bestände

Aus den bescheidenen Anfängen ist in den Jahren seither ein umfangreiches zeitgeschichtliches Archiv entstanden. Heute verfügt das Dokumentationsarchiv über mehr als 30.000 Akten, die sich aus Materialien staatlicher Stellen aus der Zeit 1934 bis 1945 ebenso zusammensetzen wie aus persönlichen Dokumenten und Erinnerun-

Zu diesem Zeitpunkt befand sich auch die zeitgeschichtliche Forschung an den österreichischen Universitäten noch am Anfang. Nur wenig früher war an der Universität Wien das Institut für Zeitgeschichte ins Leben gerufen worden, dessen erster Ordinarius, Univ.-Prof. Dr. Jedlicka, auch zu den Gründern des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zählte.

Bereits der erste, 1963 gewählte Vorstand war nach dem Gesichtspunkt der Überparteilichkeit zusammengesetzt. So wie damals gehören auch heute Vertreter aller im Widerstand vertretenen politischen Gruppen sowie auch Politiker und Wissenschaftler der jüngeren Generation diesem Gremium an. Das Kuratorium des Vereines besteht aus Persönlichkeiten der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens, die sich der Arbeit und dem selbstgewählten Auftrag des Dokumentationsarchivs verpflichtet fühlen. Neben diesem Verein Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes wurde 1984 eine Stiftung ins Leben gerufen, die von der Republik Österreich, der Stadt Wien und dem Verein getragen wird, der seine gesamten Bestände in die Stiftung eingebracht hat.

Aufarbeitung der Vergangenheit

Von allem Anfang an wollte das Dokumentationsarchiv jenen eigenen Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung, der in der Moskauer Deklaration 1943 von den Alliierten gefordert worden war, dokumentieren und die darüber verfügbaren historischen Materialien sammeln, einer breiten Öffentlichkeit bekanntmachen und damit einen Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit Österreichs leisten — hatte es doch viel zu lange gebraucht, bis eine wissenschaftliche Beschäfti-



Der seinerzeitige Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky auf Besuch im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Im Bild auch Rosa Jochmann und Prof. Herbert Steiner (5. von links).

gung mit Ursachen und Folgen des Faschismus möglich geworden war. Diese Aufarbeitung bedingt aber auch eine Beschäftigung mit den Schattenseiten. Zahlreiche Österreicher waren als nationalsozialistische Funktionäre an den Verbrechen des Dritten Reiches maßgeblich beteiligt. Im Sinne objektiver zeitgeschichtlicher Aufklärung wird auch dieser Aspekt der jüngeren Vergangenheit vom Dokumentationsarchiv aufgegriffen. Denn nur so ist es möglich, aus der Geschichte jener unheilvollen Jahre die notwendigen Schlußfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, was ja der eigentliche Sinn zeitgeschichtlicher Forschung sein muß.

gen ehemaliger Widerstandskämpfer und Verfolgter. Tausende Gerichtsurteile und Anklageschriften dokumentieren den Verfolgungsapparat des Nationalsozialismus und des autoritären Regimes der Jahre 1934 bis 1938. Eine wohl in Österreich einmalige Sammlung illegaler Literatur und Publizistik zeigt die praktische, auf die Aufklärung der Bevölkerung zielende Tätigkeit des Widerstandes. Die Bibliothek umfaßt derzeit rund 18.000 Titel, darunter zahlreiche Dissertationen und sonstige wissenschaftliche Arbeiten, die mit Hilfe der Bestände des Dokumentationsarchivs verfaßt wurden. Eine eigene Abteilung der Bibliothek ist der Exilliteratur gewidmet. Zeitgeschichtli-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

che Plakate stellen ebenfalls einen Teil der Sammlungen dar wie das umfangreiche Fotoarchiv, das rund 17.000 Fotos — Privataufnahmen ebenso wie Fahndungs- und Polizeibilder oder Aufnahmen nationalsozialistischer Stellen — beinhaltet. Immer wieder zutage tretende rechtsextreme Aktivitäten veranlaßten die Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs dazu, auch einen Bestand rechtsextremer Materialien aufzubauen. Denn eine intensive Auseinandersetzung des historischen Faschismus bedingt auch eine Beschäftigung mit gegenwärtigen Tendenzen ähnlicher Gruppen.

Diese umfangreichen Bestände des Dokumentationsarchivs werden pro Jahr von mehr als 700 Wissenschaftlern, Journalisten und Studenten benutzt.

Seit Mitte der siebziger Jahre wer-

den die Materialien von Mitarbeitern des Dokumentationsarchivs selbst für wissenschaftliche Publikationen ausgewertet. Eine Reihe über Widerstand und Verfolgung in österreichischen Bundesländern 1934 bis 1945 stellt in Form von Dokumenteneditionen den Widerstand gegen den „Ständestaat“ und den Nationalsozialismus ebenso dar wie die Verfolgung aus politischen, religiösen und sogenannten „rassischen“ Gründen. In dieser Reihe sind bisher Arbeiten über Wien, Oberösterreich, Tirol und das Burgenland erschienen. Im Laufe des Frühjahrs 1987 wurden drei Bände über Niederösterreich präsentiert.

Eine weitere Publikationsserie setzt sich mit dem österreichischen Exil auseinander. Zahlreiche vom Nationalsozialismus aus Österreich Vertriebene versuchten in der Folge vom Ausland aus, ihrerseits einen Beitrag zur Niederdrückung des Faschismus zu leisten.

Bisher sind Werke über das Exil in Frankreich und Belgien erschienen, ein weiteres über die USA wird im Laufe des nächsten Jahres folgen. Mit einem Sonderfall des Exils setzt sich ein 1986 erschienener Band auseinander, der dem Kampf österreichischer Freiwilliger in den Internationalen Brigaden an der Seite der spanischen Republik 1936 bis 1939 gewidmet ist.

Interviews mit Zeitzeugen

Ausgehend von den sehr guten Erfahrungen, die im Rahmen der Aktion „Zeitzeugen in Schulen“ des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport gemacht wurden, begann das Dokumentationsarchiv vor wenigen Jahren mit dem Aufbau einer Sammlung von Interviews mit Zeitzeugen im Rahmen des Forschungsprojektes „Erzählte Geschichte“. Bisher liegen dazu mehr als 300 Befragungen von Einzel-

Fortsetzung auf Seite 5

Die sogenannte „Österreichische Widerstandsbewegung“

Die „Österreichische Widerstandsbewegung“ ist ein Verein, dessen anspruchsvoller Name immer wieder zu Verwechslungen mit den Opferverbänden und dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Anlaß gibt. Zur Zeit ihrer Gründung eine wirklich überparteiliche Vereinigung, geriet die Widerstandsbewegung in den letzten Jahren zunehmend in bürgerlich-konservatives Fahrwasser. Dies veranlaßte unseren Genossen Hindels schon vor geraumer Zeit, sein Amt als Vizepräsident des Vereins zurückzulegen und auszutreten.

Kürzlich veröffentlichte die „Österreichische Widerstandsbewegung“ nun eine Broschüre, in der nicht nur das Dokumentationsarchiv diffamiert wird, sondern auch größte Unwahrheiten veröffentlicht werden. Dieser Verein bemüht sich seit der Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten, eifrig für dessen Entlastung und Unterstützung der ÖVP beizutragen. Schon kurz nach Waldheims Angelobung statteten ihm Vertreter der „Österreichischen Widerstandsbewegung“ einen Besuch ab und versicherten ihm, „die“ ehemaligen Widerstandskämpfer hegten keine Bedenken gegen seine Person. Anfang des heurigen Jahres veröffentlichte der Verein ein schmales Heftchen unter dem Titel „Englands verdrängte Geschichte“, in dem der ungenannte Autor eine Komplizenschaft Englands und Hitlers zu beweisen suchte. Dieser Aufsatz sollte offensichtlich dazu dienen, ausländische Angriffe auf den Bundespräsidenten abzuwehren, schoß dabei jedoch weit über das Ziel hinaus. Streckenweise erinnert der Text fatal an die Versuche rechtsextremer Kreise, den Nationalsozialismus durch Schuldzuweisung an die Alliierten zu entlasten und zu verharmlosen.

Diese Veröffentlichung nahmen der wissenschaftliche Leiter und der Präsident des Dokumentationsarchivs, die

Genossen Neugebauer und Pfoch, zum Anlaß, sich öffentlich von der „Österreichischen Widerstandsbewegung“ und vor allem der Broschüre zu distanzieren. Hatte Genosse Lanc diesen Verein bereits nach dessen Besuch bei Waldheim verlassen, traten nun als Antwort auf die England-Broschüre der Präsident des Bundes der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol, Heinz Mayer, und der Vizepräsident des KZ-Verbandes, Ing. Kurt Pordes, aus dem Verein aus.

Die in der jüngsten Publikation der Widerstandsbewegung behaupteten Unwahrheiten können aber nicht unwidersprochen bleiben. Darin heftet beispielsweise dieser Verband die Gründung des Dokumentationsarchivs auf seine Fahnen, die ausschließlich auf die Initiative von Vertretern der Opferverbände und Wissenschaftlern zurückgeht, jedoch nichts mit der „Österreichischen Widerstandsbewegung“ zu tun hat. Genosse Kreisky hat im Laufe seiner langen Regierungstätigkeit die Arbeit des Dokumentationsarchivs immer unterstützt, die Gründung jedoch — wie in besagter Broschüre behauptet — geht nicht auf ihn zurück. Die Autoren der „Mitteilungen“ des Dokumentationsarchivs werden glatter Lüge bezichtigt. Anlässlich der Jahresversammlung des DÖW hatte der Festredner, Fritz Bock, wieder einmal die ÖVP-These vertreten, Dollfuß, der rücksichtslos Schutzbüdler und unseren Genossen Gerl hatte hinrichten lassen, sei als erster Märtyrer des antifaschistischen Widerstandes zu betrachten. Als Bock dann auch noch Präsident Waldheim zitierte, verließen zahlreiche Festgäste unter lautem Protest den Saal. Die inkriminierte Rede veranlaßte unsere oberösterreichischen Genossen, bei ihrem Delegiertentag eine Resolution zu verabschieden, die diese zeitgeschichtlich unhaltbare These Bocks ablehnt (siehe „Kämpfer“, Nr. 3/4. 1987).

Die „Österreichische Widerstandsbewegung“ hingegen stellt die Behauptung auf, es habe niemand die Jahresversammlung des DÖW frühzeitig verlassen!

Mit der Geschichte geht der Autor der Publikation insgesamt recht sorglos um. So übernimmt er, ohne sich eingehender zu informieren, die Behauptung, der überparteiliche Bundesverband der ehemals politisch Verfolgten hätte durch den damaligen Innenminister Oskar Helmer wegen übergroßen kommunistischen Einflusses aufgelöst werden müssen. Nach beinahe vierzig Jahren lassen die Tatsachen erkennen, daß dieser für die weitere Entwicklung der Gesetzgebung zugunsten der Opfer des Faschismus verhängnisvolle Schritt ein Ausfluß des Klimas des kalten Krieges gewesen war.

Wir fragen uns, wessen Geschäfte dieser Verein besorgen will, wenn er öffentlich die verdienstvolle Arbeit des Dokumentationsarchivs schmälert und sich anmaßt, als Vertreter von Widerstandskämpferorganisationen aufzutreten. Unserem Land und dem Vermächtnis all jener, die im Kampf gegen den Faschismus Leben und Gesundheit gegeben haben, ist nicht damit gedient, die Schrecken des Nationalsozialismus unter den Tisch zu kehren und den neu aufflammenden Antisemitismus zu leugnen. Nur das rücksichtslose Aufklären über die dunkelsten Jahre dieses Jahrhunderts, die Ursachen und Verbrechen des NS-Regimes helfen, das „Niemals wieder!“ Wirklichkeit werden zu lassen. Unwürdige Attacken auf Institutionen, die ihre ganze Kraft dieser Aufklärung widmen und lange genug um Anerkennung ringen mußten, nützen nur den neuen Scharfmachern der ÖVP und den Gedächtnislücken des Bundespräsidenten, aber sicher nicht der Demokratie und Österreich.



„Sibirische Gesundheit, russische Gastfreundschaft“

Unsere Reise in die Sowjetunion — Moskau, Kaukasus, Krim, Kiew.

Eine Gruppe der Sozialistischen Freiheitskämpfer besuchte die UdSSR. In zwölf Tagen, vom 27. Mai bis 7. Juni 1987, wurden die Städte Moskau, Sotschi, Jalta und Kiew besichtigt.

Zunächst flogen wir nach Moskau. Eine Stadt mit acht Millionen Einwohnern, 879 Quadratkilometer groß. Breite Straßen, hohe Häuser, viel Grün und sehr rein, das ist der erste Eindruck.

Wir waren im Kreml, dem Regierungssitz, mit den Kathedralen am Roten Platz — Lenin-Mausoleum und Basilikus-Kathedrale. Wir sahen das Bolschoi-Theater, die Lomonossow-Universität, das Dynamo-Stadion, den Funkturm, das Neujungfrauen-Kloster und immer wieder die Moskwa. Ein besonderes Erlebnis ist die Metro, wenn sie mit hoher Geschwindigkeit in 75 Meter Tiefe täglich sieben Millionen Menschen befördert. Es gibt keine zwei gleich aussehenden Stationen, jede ist anders gestaltet.

Am Grabe des Unbekannten Soldaten legten wir einen Kranz nieder. Genosse Lesjak gedachte der Millionen Opfer des Faschismus und des Krieges und legte ein Bekenntnis zum Frieden ab. Wir hatten auch ein Treffen mit Veteranen des Zweiten Weltkrieges. Anschließend kam es zu einer regen Diskussion zwischen Teilnehmern an

der Befreiung Wiens und unseren Genossen. Etwa 20 Damen und Herren erwarteten uns in ihrem netten Vereinshaus am Moskauer Gogolewski Boulevard. Professor Nikola Wolkow, der Vorsitzende der Internationalen Kommission des sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen, sowie der Vizepräsident der Sowjetisch-Österreichischen Gesellschaft, Jakow Starschewski, begrüßten uns sehr herzlich in russischer und deutscher Sprache. Von der deutschsprachigen Abteilung von Radio Moskau war Wassili Solnzew anwesend.

Beim „Baum der Freundschaft“

Weiter ging es mit einem Air-Bus nach Sotschi am Schwarzen Meer. Geographisch weilten wir bereits in Asien, administrativ gehört dieser Teil zur Ukraine, der zweitgrößten souveränen Republik der UdSSR. Etliche Teilnehmer unternahmen einen Hubschrauberflug über das Gebirge. Hier, am Ausläufer des Kaukasus, in diesem landschaftlichen Kleinod mit der Heilquelle „Mazesta“, hatten wir das eindrucksvollste Erlebnis. Wir sahen den „Baum der Freundschaft“. Vor vielen Jahren wollte man eine frostbeständige Zitrusart züchten und pflanzen ein Zitronenbäumchen. Dieses Bäumchen wurde mit aufgepropten Reisern ver-



Prof. Nikola Wolkow übergibt dem Reiseleiter zur Erinnerung an das Treffen österreichischer und sowjetischer antifaschistischer Kämpfer einen Wimpel.

edelt. Staatsoberhäupter, führende Persönlichkeiten, Arbeiter und Künstler haben immer wieder — bisher sind es 627 Pflanzungen — lebensspendende Reiser aufgepropt, und heute ist dieser Baum ein Symbol des Friedens und der Freundschaft in dieser Welt. Wir hatten die Namen der Genossen Jonas und Marek entdeckt.

Im schönen Vereinsheim des „Baumes der Freundschaft“, dem auch ein Museum angeschlossen ist, wurden wir von zwei Persönlichkeiten des

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 4

personen vor, die weit über 1000 Tonbandkassetten umfassen. Auszüge aus diesen Interviews werden zu einer Reihe „Erzählte Geschichte“ zusammengefaßt, die anhand von Einzelschicksalen die Geschichte unseres Jahrhunderts den Lesern näherbringen sollen. Diese Reihe, in der bisher ein Band über die Arbeiterbewegung erschienen ist — weitere über das christliche, bürgerliche Lager und die sogenannten „rassistisch“ Verfolgten werden folgen —, richtet sich weniger an einen wissenschaftlich interessierten Leserkreis, sondern ist als eine Art „Einstiegslektüre“ für junge Menschen und zeitgeschichtlich Interessierte gedacht.

Die im Zuge dieser Arbeiten gewonnenen Erkenntnisse werden auch in Ausstellungen des Dokumentationsarchivs der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Vor allem junge Menschen können auf diese Weise besser mit den Ergebnissen zeitgeschichtlicher Forschung vertraut gemacht werden.

Ständige Ausstellung

Die ständige Ausstellung des Doku-

mentationsarchivs, „Der österreichische Freiheitskampf“, behandelt den Zeitraum von 1918 bis 1945 und legt den Schwerpunkt auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Sie wird jährlich von rund 10.000 Personen besucht, Gruppen werden kostenlos Führungen zur Verfügung gestellt. Erfreulicherweise nimmt die Zahl der Schulklassen, die Exkursionen in diese Ausstellung durchführen, ständig zu. Wanderausstellungen zum selben Thema und über Österreicher im Exil können im Dokumentationsarchiv kostenlos entlehnt werden. Die Tafeln „Der österreichische Freiheitskampf“ wurden auch als Plakatmappe hergestellt, die von Organisationen, aber auch Schulen zur Gestaltung ihrer zeitgeschichtlichen Arbeit angekauft wird.

Weiters betreut das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes auch die Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes in Wien 1, Salztorgasse 6, die an das während der NS-Zeit an dieser Stelle befindliche Haus der Gestapo gemahnt, wo Tausende Österreicher inhaftiert, gefoltert und zahlreiche dieser Gefangenen auch ermordet wurden.

Neue Initiativen

Im Schwerpunkt Jugendarbeit wurden in den letzten Jahren neue Initiativen gesetzt. Die Ausstellung des Dokumentationsarchivs wurde in das „Wiener Ferienspiel“ der Stadt Wien einbezogen. Während der Schulferien werden Kinder an bestimmten Tagen hier über die jüngste Vergangenheit unseres Landes in kindgemäßer Weise informiert. Im Rahmen eines Aufsatzwettbewerbes sollen sich Schüler mit der Verfolgung der österreichischen Juden befassen. Der Wettbewerb, der 1986 erstmals durchgeführt wurde, soll in Zukunft noch weiter ausgebaut werden.

Alle diese umfangreichen Arbeiten werden von zwölf hauptberuflichen und rund 40 ehrenamtlichen Mitarbeitern beziehungsweise als freie Mitarbeiter tätigen jungen Historikern durchgeführt.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8, ist Montag bis Donnerstag, 9 bis 17 Uhr, geöffnet. Führungen sind täglich möglich und können unter Telefon 63 07 31/332 angemeldet werden.

Fortsetzung von Seite 5

kulturellen Lebens begrüßt, vom Sekretär der Freundschaftsvereinigung, Alexander Bugrig, und vom Vorsitzenden Nikolai Petrosch.

Wir besuchten eine Teeplantage, übrigens die nördlichste, die wirtschaftlich genutzt wird, eine Folklore- und Zirkusdarbietung, und weiter ging es nach Jalta.

Besuch im Livadia-Palast

Vom Flugplatz Simferopol führt die längste Obuslinie 105 Kilometer zu unserem Ziel. Jalta auf der Krim bezaubert durch seine Lage mit der herrlichen Flora. Das üppige subtropische Grün wird von den Bergen malerisch umrahmt. Hier werden Lavendel- und Rosenöle gewonnen und Weine im „Massandra-Kombinat“ gekeltert. „Durch Wissenschaft dem Leben dienen“ ist das Motto. Selbstverständlich besuchten wir den „Weißen Livadia-Palast“. In dem ehemaligen Zarenpalast tagte vom 4. bis 11. Februar 1945 die denkwürdige Konferenz der Regierungschefs von UdSSR, USA und Großbritannien.

Von Jalta trennten wir uns besonders schwer, nicht zuletzt, weil wir dort so vorzüglich logierten.

Gedenken an 164.000 jüdische Opfer

Kiew — die Hauptstadt der Ukraine, 2,5 Millionen Einwohner — war unser letzter Besichtigungspunkt. Vielen ist die Ukraine als Kornkammer bekannt, doch gibt es hier bereits 154 verschiedene Industriezweige und die größte Zuckerproduktion der Welt. Hier in Kiew erinnert ein Riesenmonument an das 60. Gründungsjahr der UdSSR. Wir besichtigten das „Museum Vaterländischer Krieg“. Eine beachtliche Dokumentation über das Schicksal der jüngsten Geschichte der Menschen in dieser Stadt. Bei aller Wertschätzung dieser Gedenkstätte konnten sich manche eines Gefühls der Gigantomie nicht erwehren.

Hier in Kiew erinnert das Mahnmal an die 164.000 jüdischen Opfer in der Babijar-Schlucht. Wir legten ein Blumengebilde nieder, und Genosse Blau gedachte in einer Rede der Opfer. Mit der „Internationale“ beendeten wir die kleine Gedenkzeremonie. Von den historischen Bauten Kiews besichtigten

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Elisabeth Dirr, Herbert Exenberger, Josef Hindels, Heinz Popelka, Otto Skritek, Hans Waschek, Rudolf Winter (Fotos).



Vor dem überaus großen Denkmal in Babijar legten die österreichischen Freiheitskämpfer Blumen nieder. Hier an dieser Stelle wurde nach der Einnahme Kiews durch deutsche Truppen ein Blutbad unter etwa 160.000 ukrainischen Juden, darunter auch Kinder und Säuglinge, angerichtet.

wir das Höhlenkloster, die Sophien-Kathedrale und die Andreas-Kirche.

Zum Schluß muß man unbedingt unsere russische Reisebegleiterin, Frau Larissa Borissowa, erwähnen. Sie verstand es, mit menschlicher Herzlichkeit zu lotsen.

Zum Abschluß wünschte sie uns: „Sibirische Gesundheit, georgische Lebensdauer, ukrainische Laune und russische Gastfreundschaft!“

Ein herzliches Dankeschön unseren Reiseleitern, den Genossen Leo Lesjak, Kurt Schmidt und Walter Faderny.



Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, die Alt-SAJ und der Wiener Bildungsausschuß der SPÖ veranstalteten am 15. Juli 1987 im Saal der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten in Wien eine Gedenkundgebung „60 Jahre Justizpalastbrand“. Anstelle des erkrankten Genossen Hindels referierte Genosse Prof. Willy Krula (im Bild). Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden des Wiener Bildungsausschusses, Genossen Ernst Nedwed, lasen Helga David und Oswald Fuchs aus Texten von Fritz Brügel, Elias Canetti und Ernst Fischer.

(Foto: Haslinger)



Fortsetzung von Seite 2

Deutschland unterhielt. Italien sei zur Zeit außenpolitisch gebunden. Österreich müßte diese Zeit auf eigenen Füßen durchstehen. Hinter dem Druck Mussolinis auf Österreich aber standen Hitlers Diplomaten, insbesondere der durchtriebene Papen, der als deutscher Gesandter in Österreich das Ränkespiel Hitlers auf diplomatischem Parkett besorgte.

Das Juliabkommen 1936

Durch ein Abkommen mit Deutschland im Juli 1936 hoffte Schuschnigg Zeit zu gewinnen, bis Hitler aus außen- oder innenpolitischen Gründen gezwungen sei, von Österreich abzulassen. Den Nationalsozialisten sollte Gelegenheit gegeben werden, sich innerhalb der Vaterländischen Front in volkspolitischen Referaten, jedoch im Rahmen der Ständestaatsverfassung, politisch zu betätigen. Der nationalbetonte Glaise-Horstenau wurde in die Regierung und der katholisch-nationale Dr. Seyss-Inquart in den Staatsrat aufgenommen. Gleichfalls der Sammlung der nationalen Opposition diene die Schaffung eines sogenannten Siebenerausschusses, an dessen Spitze der prominente NS-Funktionär Tavs trat. Alle diese und noch weitere Konzessionen wurden jedoch von der illegalen NS-Führung nur als Vorschüsse auf die ganze Macht im Staate betrachtet. Jedes Nachgeben wurde unverzüglich mit weiteren Forderungen beantwortet. Indessen verstanden es die Männer um Tavs, Seyss-Inquart und den illegalen Landesleiter Leopold sehr geschickt, die ihnen gebotenen legalen Möglichkeiten auszunützen, ohne auch nur daran zu denken, ihre illegale, anti-österreichische Konspiration aufzugeben oder auch nur einzuschränken. Die

Bekämpfung des Nationalsozialismus stieß aber auf zunehmende Schwierigkeiten. Österreich hatte sich überdies im Juliabkommen verpflichtet, jede deutschfeindliche Propaganda in Österreich zu unterbinden. Andererseits hatte Deutschland durchgesetzt, daß eine Reihe von Büchern deutscher Naziführer, darunter Hitlers „Mein Kampf“, in Österreich zugelassen wurde.

Das Juliabkommen hatte allerdings auch die formelle Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs gebracht. Es zeigte sich jedoch, daß diese Bestimmungen des Vertrages weder von Hitler noch von den österreichischen Nationalsozialisten ernstgenommen wurden. Die Heim-ins-Reich-Propaganda lief unvermindert weiter, obwohl Hitler ausdrücklich dem Absatz zugestimmt hatte:

Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die österreichischen inneren Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen.

Eine weitere Einschränkung der außen- sowie der innenpolitischen Handlungsfreiheit Österreichs aber brachte Punkt 3 des gleichen Abkommens:

Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen wie im besonderen gegenüber dem Deutschen Reiche stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat betrachtet, entspricht.

Zwar wurde nun die Tausend-Mark-Sperre aufgehoben, aber mit den nun wieder einreisenden Urlaubsgästen wurden NS-Propagandisten eingeschleust. Jede Behelligung von deutschen Touristen wurde von der deutschen Gesandtschaft zum Anlaß für ernste Vorstellungen genommen. Die wirtschaftliche Lage Österreichs besserte sich auch nach dem Juliabkommen nicht wesentlich. Zwar war Deutschland an österreichischen Waren und Rohstoffen durch die von Hitler betriebene fieberhafte Aufrüstung interessiert, es war jedoch mit den Zahlungen äußerst säumig. Bereits Ende 1937 schuldete Deutschland dem kleinen Österreich sechzig Millionen Schilling. Als Kompensation wurden Österreich Waren angeboten, für die es keine Verwendung hatte.

Angesichts des Umfanges der im Juliabkommen von 1936 gemachten Zugeständnisse waren sich die einsichtigen Menschen inner- und außerhalb Österreichs darüber im klaren, daß Schuschnigg mit seinen Zugeständnissen zu weit gegangen war. Für Hitler und seine Clique aber war das Abkommen nur ein Schritt, dem weitere folgen sollten, bis Österreich schließlich — gewaltsam oder auf kaltem Wege —

dem Reiche einverleibt werden konnte.

Nur wenige Wochen vor dem Versuch der Befriedung des nationalen Lagers waren führende Angehörige der illegalen Linken wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor Gericht gestellt worden. Es waren dies, neben den Hauptangeklagten Karl Hans Sailer und Maria Emhart, der Student Bruno Kreisky, Franz Jonas, Otto Probst, Anton Proksch, Franz Rauscher, Josef Kratky, Stefan Wirlandner, Roman Felleis, Alfred Weissmann sowie die beiden Kommunisten Franz Honner und Friedl Fűrberg.

Drei weitere Mitangeklagte waren Frauen: Leontine Haas, Liesl Zerner und Lilly Fulda.

Die Unruhe im Regierungslager wuchs. Trotz der politischen und gerichtlichen Verfolgungen konsolidierte und festigte sich die illegale Linke zusehends. Unter dem Druck der illegalen freien Gewerkschaften war es im Sommer 1936 gelungen, die freie Wahl von Vertrauensleuten in mehreren Branchen durchzusetzen. Unter den Gewählten befanden sich trotz massiver Gegenpropaganda der Regierung viele Arbeiter, die den illegalen freien Gewerkschaften angehörten oder diesen nahestanden. Einer davon war Anton Benya.

Die gewählten Vertrauensleute begannen nun den Kampf für die freie Wahl in die Organe der Einheitsgewerkschaft. Im Sommer 1935 war es zur Einigung der von den Sozialisten geführten Freigewerkschaften (Siebenerausschuß) und der Wiederaufbaukommission der Kommunisten gekommen und zur Bildung eines Bundesvorstandes, zu dessen Vorsitzendem Karl Mantler gewählt wurde. Weitere Mitglieder des Bundesvorstandes waren Andreas Thaler, Friedrich Hillegeist, Otto Leichter, Otto Horn, Oskar Deubler und andere. Die illegalen Gewerkschaften beschränkten sich allerdings nicht auf wirtschaftliche Forderungen, sondern nahmen auch zur politischen Lage Stellung.

Erlaß gegen Antisemitismus

Angesichts jüngster antisemitischer Ausschreitungen gab Innenminister Karl Blecha einen Erlaß an die Sicherheitsbehörden heraus, in dem es heißt, daß den Umtrieben neonazistischer Kreise erhöhtes Augenmerk zuzuwenden ist und die gesetzlichen Bestimmungen rigoros anzuwenden sind. Insbesondere werden in diesem Zusammenhang antisemitische Ausschreitungen sowie Flugzettel- und Schmieraktionen erwähnt.

Die Zahl der Anhänger neonazistischer Ideologien sei in Österreich zwar geringer als in einigen anderen europäischen Ländern, meinte Genosse Blecha, dies entbinde uns aber nicht von der Aufgabe, den Anfängen zu wehren. „Man kann es nicht zulassen, daß unsere jüdischen Mitbürger von einer kleinen Minderheit belästigt werden und unsere Jugend vom Gift des Neonazismus infiziert wird“, heißt es in dem Erlaß des Innenministeriums.

„Staatsmännisch“

Bundespräsident Waldheim hat dem Antrag der Staatsanwaltschaft zur gerichtlichen Verfolgung unseres Genossen Josef Hindels nicht stattgegeben. Hindels hatte den Bundespräsidenten beim Landesparteitag der Wiener SPÖ einen „hinterhältigen Lügner“ genannt. Der Vorsitzende der Wiener SPÖ, Genosse Leopold Gratz, bezeichnete die Vorgangsweise Waldheims als eine „kluge und staatsmännische Entscheidung“. Genosse Hindels meinte dazu: „Wenn der Bundespräsident eine kluge, staatsmännische Entscheidung fällen will, kann das nur sein Rücktritt sein.“



Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Helene Potetz — 85

Genossin Helene Potetz feierte am 3. August ihren 85. Geburtstag. Dieser aufrechten und treuen Sozialistin, die auch in den schwersten Zeiten der politischen Verfolgung durch den Austrofaschismus und die Nazibarbarei gesinnungsfest blieb, gehen unsere besten Wünsche zu.

Helene Potetz wurde 1934 zum ersten Mal verhaftet, 1937 wegen illegaler Tätigkeit neuerlich. 1939 wurde sie von der Gestapo verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Haft verurteilt. Nach Verbüßung dieser Haftstrafe kam sie in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, wo sie bis Kriegsende unter unmenschlichen Bedingungen ausharren mußte.

Nach 1945 war Helene Potetz als Redaktionssekretärin der Zeitschrift „Die Frau“ tätig. Bei den ersten freien Wahlen im November 1945 wurde sie in den Wiener Landtag und Gemeinderat gewählt, dem sie bis 1967 angehörte. Von 1959 bis 1967 war sie Dritter Präsident des Wiener Landtages. In ihrem politischen Heimatbezirk Meidling war sie von 1945 an in verschiedenen Funktionen tätig, so als Frauenleiterin des Bezirks und als Bezirkssobmann-Stellvertreterin.

Oberösterreich

Karl R. Stadler †. Mit dem Linzer Universitätsprofessor Dr. Karl R. Stadler hat die Landesorganisation Oberösterreich einen Freiheitskämpfer verloren, der sein Leben seit seiner Kindheit der sozialistischen Bewegung gewidmet hatte. Am 8. Oktober 1913 in Wien geboren, schloß er sich bereits als Gymnasiast dem Verband Sozialistischer Mittelschüler an. Während sei-

nes Studiums leistete er dem Austrofaschismus und später dem Nationalsozialismus Widerstand. Deshalb mußte er im März 1938 nach England fliehen. Dort setzte er seine Studien fort und schlug die Universitätslaufbahn ein. Am 1. April 1968 wurde er als Hochschulprofessor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an die Hochschule (heute Universität) Linz berufen und dort auch mit der Leitung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung betraut. Er war auch in der Erwachsenenbildung tätig und leitete ab 1970 den Verband österreichischer Volkshochschulen als Präsident. Von 1973 bis 1977 stand er dem Dr.-Karl-Renner-Institut der SPÖ als Rektor vor.

Als Historiker und Hochschullehrer ist es Genossen Stadler gelungen, die bisher in der österreichischen Geschichtswissenschaft stiefmütterlich behandelte Geschichte der Arbeiterbewegung und der Arbeitswelt als Forschungsfach auf Universitätsboden zu etablieren, und er hat eine Generation von Historikern ausgebildet, welche die heutige Zeitgeschichtsforschung entscheidend prägt. Er hat auch wesentlichen Anteil daran gehabt, daß die internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung zu einer wichtigen internationalen Begegnungsstätte geworden ist, die nun auch von der UNESCO gefördert wird.

Mit Karl R. Stadler ist aber am 7. Juli 1987 nicht nur ein bedeutender Wissenschaftler und unerschütterlicher Sozialist und Antifaschist von uns gegangen, sondern auch ein lieber Freund und Genosse, den alle schätzten, die ihn kennenlernen durften.

Alsergrund

Nach langem, schwerem und mit großer Geduld ertragenem Leiden ist unser Genosse **Eduard Studener** verstorben. Wir werden unseren Genossen Studener in unserer nächsten Nummer ausführlich würdigen.

Favoriten

Völlig unerwartet ist am 3. August unser Genosse **Hans Schiller** von uns gegangen. Er stand im 84. Lebensjahr. Wir werden Genossen Schiller in unserer nächsten Nummer ausführlich würdigen.

Ottakring

Friedrich Eibicht †. Am 1. Juli 1987 ist der Obmann unserer Bezirksgruppe, Genosse Fritz Eibicht, im 77. Lebensjahr verstorben. Die Bezirksgruppe der Freiheitskämpfer, die Bezirksorganisation der SPÖ, aber darüber hinaus unser ganzer Bund hat mit seinem Tod einen schweren Verlust erlitten.

Friedrich Eibicht wurde am 13. März 1911 in Wien geboren. Er erlernte das Mechanikerhandwerk. Schon nach Ende des Ersten Weltkrieges kam er zu den Kinderfreunden und nach der Jugendweihe zur SAJ, über die Jungordner 1928 zum Republikanischen Schutzbund, Alarmabteilung XVI. Genosse Eibicht nahm am Februar-Kampf 1934 um das Ottakringer Arbeiterheim teil, wurde im März 1934 verhaftet und zu sechs Monaten Kerker und drei Monaten Anhaltelager Wöllersdorf wegen Sprengstoffvergehens verurteilt. Im „Autonomen Schutzbund“ setzte Genosse Eibicht die politische Arbeit illegal fort, im August 1935 wurde er neuerlich verhaftet und war bis Frösommer 1936 inhaftiert. 1938 wurde er für „wehrunwürdig“ erklärt und unter Polizeiaufsicht gestellt. Durch „Gaulleitererlaß“ wurde er im Oktober 1944 zur deutschen Wehrmacht eingezogen. Anfang April 1945 ging er in Südmähren zu den Russen über. Im November 1945 kehrte er aus der Kriegsgefangenschaft zurück.

Vom 13. Februar 1946 an arbeitete Genosse Eibicht bei der Wiener Sicherheitswache. Ab 1947 wirkte er als sozialistischer Vertrauensmann in der SW-Abteilung Schmelz. Im Dezember 1967 wurde er in den Fachausschuß der Wiener Sicherheitswache gewählt. Im Februar 1972 trat Genosse Eibicht in den Ruhestand. Politisch arbeitete er in der Sektion 17 der SP-Bezirksgruppe Ottakring der Freiheitskämpfer weiter.

Wir werden unserem Freund und Genossen Fritz Eibicht ein dankbares Andenken bewahren. **Niemals vergessen!**

An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunden“ in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 9/10 ist der 30. September 1987.